

Gesellschaft neu gestalten

«Menschen leiden unter mangelndem Respekt», stellte Hans Ruh am 21. März im letzten Beitrag der Carl-Oechslin-Stiftung fest. Nach einem Vierteljahr baten wir den Schaffhauser Sozialethiker, seine Gedanken in einer neuen Situation im Gespräch mit Alfred Meister, Stiftungsrat der Carl-Oechslin-Stiftung, weiter zu vertiefen.

Aufzeichnung: Andreas Schliendorfer
Bilder: Roberta Fele

Wenn wir nun, nach drei Monaten, unser Gespräch fortsetzen, zuerst die Frage: Wie ist es Ihnen seit März ergangen?

Alfred Meister: In unserer privilegierten Situation war eine grosse Ruhe in der Umwelt bemerkbar, man wählte sich als Zuschauer einer Tragödie mit der hintergründigen Angst, plötzlich Beteiligter, gesundheitlich oder wirtschaftlich, zu werden.

Hans Ruh: Mir ist es ähnlich ergangen, und wenn man das als 87-Jähriger sagen darf, hat man allen Grund, dankbar zu sein. Und doch will mir das Wort «geniessen» nicht so recht über die Lippen kommen. Die weltweite Entwicklung bereitet mir Sorgen. Die Krise hat Phänomene, die mich seit Längerem beschäftigen und von denen wir teilweise bereits gesprochen haben, akzentuiert. Wenn ich es als meine Lebensaufgabe betrachte, zu Einsichten zu gelangen, welche der Allgemeinheit nützlich sein könnten, dann bin ich in den letzten Wochen ein bisschen weitergekommen.

Meister: Du arbeitest an einem neuen Buch?

Ruh: Von Buch würde ich nicht sprechen, aber ich arbeite tatsächlich an einem Aufsatz mit dem Arbeitstitel «Post coronam – eine Perspektive». Darin geht es im Wesentlichen um zwei Fragen: Erstens: Welche Strategien sind einzuschlagen, wenn im Nachgang zur Corona-Krise eine Häufung von Katastrophen verhindert werden soll? Und zweitens: Gibt es Ereignisse in der jüngeren Geschichte, in denen Hinweise auf geeignete Strategien abzulesen sind?

Es ist nach wie vor nicht leicht, das Ausmass der Corona-Krise abzuschätzen. Denken Sie an andere Krisen in der Vergangenheit, beispielsweise an die Finanzkrise von 2008?

Ruh: Ich möchte eines vorausschicken: Die Schweiz – der Bundesrat, die Bevölkerung, die Wirtschaft – hat sehr besonnen und diszipliniert auf die Krise reagiert. Das ist leider nicht überall auf der Welt so gewesen. Wenn ich nun Ereignisse in der Geschichte zu einem Vergleich heranziehe, so denke ich einerseits an die Ursachen der mit dem Marxismus verbundenen revolutionären Bewegung des Kommunismus, welche mit dem Stalinismus endete. Und andererseits an die Weltwirtschaftskrise Ende der Zwanzigerjahre, welche massgeblich beteiligt war an der Bewegung des Nationalsozialismus mit all den Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Die Zeit post coronam wird, so befürchte ich, ebenso schlimm herauskommen, wenn es nicht gelingt, Gegensteuer zu geben.

Meister: Denkst Du beispielsweise an die unbewältigte Krise der Rassenungleichheiten in den USA?

Ruh: Natürlich ist dies nicht eine direkte Folge der Coronavirus-Pandemie, aber wir erleben, wie schnell aus einem Einzelereignis ein Flächenbrand entstehen kann, über Nacht in ganz Amerika und wenige Tage später weltweit. Ein Flächenbrand, der fast nicht zu löschen ist. Und der möglicherweise durch weitere globale Krisen verstärkt wird. Die Corona-Krise hat beispielsweise in fast allen Ländern die Arbeitslosenrate in die Höhe getrieben und Ungleichheiten im Gesundheitswesen aufgezeigt...

Meister: Die Folgen des Rassismus und die damit direkt verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten, kumuliert mit den sozialen Folgen der Corona-Krise, potenzieren die gefährlichen Spannungen, die auch uns Schweizer in einer vernetzten Welt nicht unberührt lassen können.

Ruh: Nein, ich stimme Dir natürlich zu: Rassismus darf auf dieser Welt keinen Platz haben. Doch die Gefahr ist gross, dass eine berechtigte Bewegung missbraucht wird, von Extremen einerseits, die den Rechtsstaat untergraben möchten, und von Machtmenschen andererseits, welche die Situation für ihre politischen Interessen ausnützen, statt das Allgemeinwohl im Auge zu behalten. Ich sehe meine Aufgabe aber nicht darin, für den konkreten Einzelfall Lösungen vorzuschlagen. Vielmehr möchte ich den Ursachen vertieft nachspüren und generelle Lösungsansätze aufzeigen.

Kommen wir also auf die von Ihnen erwähnten «gesellschaftlichen Umbrüche» zurück: den Kommunismus und den Nationalsozialismus. Können Sie diese Bewegungen für uns einordnen?

Ruh: Kommunismus und Nationalismus sind in ihrer Entstehung nur zu verstehen vor dem Hintergrund schwerwiegender Defiziterfahrungen von unzähligen Menschen, so etwa Armut, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Demütigung, Ungerechtigkeit und krasse Ungleichheit. In beiden Bewegungen zeigen sich überaus heftige Radikalisierungstendenzen. Es gibt aber auch Unterschiede. Der Kommunismus war eine linke Bewegung; Es ging primär um den ungerechten Status der

«Auch in der aktuellen Krise befürchte ich revolutionäre Bewegungen – entweder von links oder von rechts oder in einer Art Mischform von beidem. Nicht in der Schweiz, aber irgendwo auf der Welt und mit fatalen Auswirkungen auf alle.»

Hans Ruh

Hans Ruh (links) und Alfred Meister bekämpfen soziale Ungerechtigkeiten und Respektlosigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

Arbeiterschaft, um grosse Ungleichheit im ökonomischen Bereich und damit um das soziale Problem. Der Nationalsozialismus hingegen war eine rechtsradikale Bewegung. Bei deren Entstehung spielte der sozio-ökonomische Aspekt zwar auch eine Rolle, doch prägend waren sozialpsychologische Momente, die Gefühle der Demütigung nach dem Ersten Weltkrieg, der Verletzung der Würde, der mangelnden Anerkennung, des fehlenden Respekts.

Meister: Die Corona-Krise könnte also auch jetzt in manchen Ländern, wie zum Beispiel Brasilien oder Mexiko, der Funke im Pulverfass von bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten und Demütigungen sein.

Ruh: Richtig, und daraus folgere ich, dass sich mit Bezug auf diese beiden Faktoren gewaltorientierte, radikale revolutionäre Bewegungen entwickeln können. In den betrachteten Beispielen steuerten sie direkt auf autoritäre Regimes mit gefährlichen und skrupellosen Typen männlichen Geschlechts an der Spitze hin. Auch in der aktuellen Krise befürchte ich revolutionäre Bewegungen – entweder von links oder von rechts oder in einer Art Mischform von beidem. Nicht in der Schweiz, aber irgendwo auf der Welt und mit fatalen Auswirkungen auf alle.

Materielle Ungleichheit und mangelnde Anerkennung sind allerdings soziale Schwächen, die letztlich immer vorhanden sind.

Ruh: Dem ist tatsächlich so. Und dies ist, aus ethischer Sicht, auch in normalen Zeiten nicht tolerierbar. Aber dann kommen sie politisch nicht massiv zum Ausdruck, weil sie durch Sozialpolitik, durch geeignete politische und soziale Massnahmen, gedämpft werden. Steigt jedoch der Leidensdruck in einer starken Krise massiv an, werden Ungleichheit und mangelnde Anerkennung zu den Hauptmotoren gewalttätiger Entwicklungen.

Können wir aus der Vergangenheit lernen? Lassen sich aus den Einzelergebnissen Kommunismus und Nationalsozialismus Strategien für die aktuelle Situation ableiten?

Ruh: Diese Strategie muss sich, im Anschluss an die bisherigen Ausführungen, auf die Bereiche Ökonomie und Sozialpsychologie konzentrieren. Man kann es in einfachen Worten ausdrücken: Es geht darum, eine Perspektive zu entwickeln, mit der das Phänomen des Zu-kurz-gekommen-Seins drastisch und real gemildert wird. Angesichts der langfristig dominanten Trends ist dies kein einfaches Unterfangen. Ich habe in den letzten Tagen das Buch «The Great Transformation» wieder

zur Hand genommen, welches Karl Polanyi bereits 1944 geschrieben hat. Es ist wieder hoch aktuell und legt dar, dass wir den Übergang von integrierten Gesellschaften, in denen die wirtschaftlichen Aktivitäten der Individuen in einen übergreifenden kulturellen Zusammenhang eingebettet waren, zur nicht-integrierten Gesellschaft vom Typ der Freien Marktwirtschaft meistern müssen.

So schwierig dies sein mag. Wir sind uns wohl einig, dass wir die angesprochenen Probleme nur in und mit der Freien Marktwirtschaft lösen können und nicht gegen und ohne sie...

Meister: Wenn ich an die Nachkriegszeit zurückdenke, die wir beide ja als junge Erwachsene miterlebten, so waren wir vom Ziel «grösstmöglicher Wohlstand für alle bei bestmöglicher sozialer Absicherung» beseelt. Ich erinnere mich an ein Referat des späteren deutschen Bundeskanzlers Ludwig Erhard an einer Tagung der Vereinigung für freies Unternehmertum VFU über die von Alfred Müller-Armack und ihm entwickelte Soziale Marktwirtschaft. Deren Idee ist es, die Vorteile einer freien Marktwirtschaft – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und hohe Güterversorgung – zu nutzen, gleichzeitig aber Nachteile wie zerstörerischen Wettbewerb, Ballung wirtschaftlicher Macht und unsoziale Auswirkungen von Marktprozessen zu vermeiden. Politik und Wirtschaft sollten am gleichen Strick ziehen, der Staat aktive, doch massvolle wirtschafts-, sozial- und konjunkturpolitische Eingriffe vornehmen, die Unternehmer ein hohes Verantwortungsbewusstsein der Gemeinschaft gegenüber erkennen lassen; «der Unternehmer als Treuhänder der Gesellschaft», wie Carl Oechslin es ausdrückte.

Ruh: Die Soziale Marktwirtschaft, nicht die Freie Marktwirtschaft, war nach dem Zweiten Weltkrieg die richtige Antwort auf den Extremismus von rechts. Und wenn wir in der Geschichte weiter zurückgehen, so war die Sozialpolitik die Antwort von Reichskanzler Otto von Bismarck auf den Extremismus von links ...

Warum ist unsere Gesellschaft so krisenanfällig geworden, warum sind heute Extrempositionen salonfähig?

Ruh: Hervorstechend in dieser Entwicklung ist das Auseinanderfallen von Wirtschaft und Gesellschaft, die Verselbständigung der Ökonomie mit der Folge, dass grosse Teile der Gesellschaft zu wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Verlierern werden. Gerade das Bild der gegenwärtigen USA zeigt die Dominanz eines Gesellschaftsmodells, in dem sich darwinistische Elemente wie Egoismus, Überleben des Stärkeren und Wettbewerb immer mehr durchsetzen.

Meister: Ich sehe aber grosse Unterschiede zwischen den Verhältnissen in den USA und Europa: Durch ein funktionierendes Mehrparteien-System konnten in Europa und vor allem auch in der Schweiz soziale Ungerechtigkeiten weitgehend abgefedert werden. Aber ein Wertewandel ist unverkennbar: Die Dominanz des Shareholder-Value-Denkens und -Handels hat, nicht zuletzt gestützt durch einen organisierten, politischen Lobbyismus, zugenommen. Die fragile Balance der Einflussnahme der Wirtschaft auf die übrigen grundlegenden Wertmassstäbe der Gesellschaft (z.B. Produkte-Werbung, Abstimmungen) muss sorgfältig beobachtet werden. Auch dem kommerziellen Raubbau an der Natur muss aus der Gesellschaft heraus entgegengewirkt werden.

«Grundeinkommen und Sozialdienst als Türöffner für einen Paradigmenwechsel: Nach der integrierten Gesellschaft und der freien Marktwirtschaft könnten wir von einer integrierten Marktwirtschaft sprechen.»

Alfred Meister

«Angestrebt wird eine Ökonomie, in der Wohlstand, Gerechtigkeit und Menschenwürde zugleich verwirklicht werden.»

Hans Ruh

Zur Person
Hans Ruh

Promotion bei Karl Barth mit einer Arbeit über Zinzendorf (1963). Professor für Sozialethik an der Universität Zürich und Direktor des Instituts für Sozialethik (1983-1998). Preisträger Grosser Binding-Preis für Natur- und Umweltschutz (1991).

Publikationen (Auswahl): «Ordnung von unten. Die Demokratie neu erfinden», Zürich 2011; «Bedingungsloses Grundeinkommen: Anstiftung zu einer neuen Lebensform», Zürich 2016; «Ich habe mich eingemischt. Autobiografische Notizen», Zürich 2017.



Ruh: Gerade dies bestätigt doch, dass wir in der Endphase des herrschenden Systems angelangt sind. Ohne rückblickend die Schuldfrage zu stellen, darf man davon ausgehen, dass immer mehr Menschen bereit sind, sich für ein neues Narrativ zu öffnen, für ein neues Verständnis der Seinsweise des Menschen auf diesem Planeten.

Sie haben, wie es scheint, in Ihrem Gedankensystem den Zugang zu diesem Narrativ gefunden.

Ruh: Die Grundidee ist – ausgehend von der Bergpredigt – das Verständnis des Menschen als eines durch unseren Planeten Erde und die Sonne Beschenkten. Dieses Beschenktsein kann und soll zu einem neuen tragenden Bewusstsein und zu einem neuen Narrativ für die Lebensgestaltung werden. Dies braucht ein konkretes Symbol: ein Grundeinkommen für alle.

Meister: Ich habe mich schon vor mehr als 20 Jahren für die Idee eines Grundeinkommens engagiert. Meine Motivation war vor allem, dass der Mensch die Freiheit erhalten soll, sich eine Arbeit auszuwählen, die seinen Fähigkeiten und Vorlieben entspricht; eine Wahl, die nicht nur vom Broterwerb diktiert werden soll. Seine Arbeit und auch die Zusammenarbeit mit anderen würden dadurch eine ganz neue Qualität erhalten.

Ruh: Das Grundeinkommen ist eine erste Antwort auf die beiden tiefen Defizite der sozio-ökonomischen Entwicklung der Neuzeit: Ungleichheit und mangelnde Anerkennung. Es soll als Widerrede gegen die Dominanz und Verabsolutierung der Ökonomie helfen, die unbestreitbare Fehlentwicklung zu korrigieren. Es gilt, sich einer Ökonomie des guten Lebens zuzuwenden, die sich ausrichtet auf Basisgüter wie Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaft. Angestrebt wird eine Ökonomie, in der Wohlstand, Gerechtigkeit und Menschenwürde zugleich verwirklicht werden.

Es wäre blauäugig, zu meinen, mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre die Welt mit einem Schlag wieder in Ordnung. Gibt es flankierende Massnahmen?

Ruh: Ein Sozialdienst, wie ihn schon Bismarck vorgeschlagen hatte, ein Bürgerdienst für alle, zum Beispiel von einem

Jahr im jugendlichen Alter mit späteren Wiederholungskursen. Menschen aus unterschiedlichen Bereichen, Bildungsschichten und Berufsgattungen gelangen dabei zu einer Erfahrung des Miteinanders, des Umgangs auf Augenhöhe, des Respekts und der Zugehörigkeit. Der Sozialdienst wird zur Erfahrung der Mitmenschlichkeit.

Zudem werden konkrete Leistungen erbracht, welche für die Gesellschaft von hoher Bedeutung sind, die aber über die geltenden Mechanismen nicht oder nicht hinreichend abgedeckt werden. Dazu gehören etwa der Pflegebereich, die Umwelt, die ökologische Landwirtschaft, die Betreuung von Kindern und älteren Menschen, aber auch Bereiche wie Sport, Gesundheitsförderung, Bildung und Kultur. Das ist nicht unproblematisch. Es gilt darauf zu achten, dass dieser Sozialdienst nicht zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit oder zu einer Senkung von tieferen Einkommen führt. Zur Finanzierung könnte man beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer ins Auge fassen.

Meister: Grundeinkommen und Sozialdienst als Türöffner für einen Paradigmenwechsel: Nach der integrierten Gesellschaft nach Polanyi und der Freien Marktwirtschaft könnten wir von einer integrierten Marktwirtschaft sprechen. Darüber nachzudenken und vor allem unsere Bildung darauf auszurichten, lohnt sich; in den Hintergrund geratene Werte wieder in den Vordergrund unserer Einsicht zu rücken: Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung, Respekt, Würde, verbunden mit etwas mehr Bescheidenheit hin zu grösstmöglicher Zufriedenheit für alle. Dafür könnten die aktuellen Krisen ein neues Bewusstsein öffnen.

Ruh: Für mich ganz wichtig: Grundeinkommen und Sozialdienst haben zwei Funktionen. Einmal sind sie Symbol und Botschaft für eine andere Welt- und Wirtschaftsordnung und sollen so die Herzen der Menschen erreichen. Zweitens werden sie, wenn sie realisiert sind, die realen, auch ökonomischen Voraussetzungen dafür sein, dass die Menschen zu einer neuen Wirtschaft finden; einer Wirtschaft im Dienste der Menschen, des guten Lebens, der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit.

Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

